N i e d e r s c h r i f t

über die 6. öffentliche Sitzung des Gesundheitsausschusses in der Wahlperiode 2023/2027 am 27.11.2024

Sitzungsraum:	Stadthaus 1, Raum 237, großer Sitzungssaal
Beginn:	16:00 Uhr
Ende:	17:30 Uhr

Teilnehmer/innen:

Ausschussvorsitzende
Frau Stadträtin Toense

SPD-Fraktion
Frau Stadtverordnete Batz
Herr Stadtverordneter Caloglu
Herr Stadtverordneter Hoffmann bis 17:18 Uhr
Frau Stadtverordnete Wittig

CDU-Fraktion
Frau Stadtverordnete Dertwinkel
Herr Stadtverordneter Raschen, MdBB
Frau Stadtverordnete Steinbach

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P
Herr Stadtverordneter Baumann-Duderstaedt

BD-Fraktion
Herr Stadtverordneter Stark

WfB-Fraktion
Herr Stadtverordneter Schumacher

Fraktion DIE LINKE
Herr Stadtverordneter Secci für Frau Stadtverordnete Brand

FDP-Fraktion
Herr Stadtverordneter Freemann

AfD-Gruppe
Herr Stadtverordneter Koch

Weitere Teilnehmer/innen:

Gesundheitsamt:	Herr Schröder Herr Dr. Ackermann
Rechnungsprüfungsamt:	entschuldigt
Gesamtpersonalrat:	Frau Reck
Personalrat Soziales, Familie, Gesundheit und Sport:	Herr Stürcken

Schwerbehindertenvertretung:	entschuldigt
Frauenbeauftragte für Soziales, Familie, Gesundheit und Sport:	Frau Perau
Migrationsrat	Herr Ionescu

Die Ausschussvorsitzende eröffnet die 6. öffentliche Sitzung des Gesundheitsausschusses.

Entschuldigt fehlt heute Frau StV Brand (DIE LINKE), sie wird vertreten durch Herrn StV Secci.

Herr StV Schumacher (WfB) wird als neues Mitglied des Gesundheitsausschusses begrüßt.

Die Sitzungsunterlagen sind fristgerecht zugegangen. Die Beschlussfähigkeit des Ausschusses wird festgestellt.

Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

1. Einwohnerfragestunde

Keine.

2. Genehmigung der Niederschrift der 5. öffentlichen Sitzung des Gesundheitsausschusses in der Wahlperiode 2023/2027 am 11.09.2024 **GA 27/2024**

Der Gesundheitsausschuss genehmigt die Niederschrift in der beigefügten Fassung mit einer Enthaltung von Herrn StV Raschen (CDU).

3. Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GOStVV **GA 28/2024**

Die Ausschussvorsitzende verweist auf den vorliegenden Sachstandsbericht und teilt mit, dass zu dem beschlossenen Änderungsantrag der Koalition „Gesundheitsfachkräfte an Bremerhavener Schulen aufstocken“ mittlerweile Gespräche mit dem Land Bremen geführt wurden um zu klären, wie es um die Verstetigung der beiden vorhandenen Stellen und um die Aufstockung weiterer Stellen steht. Das Land Bremen hat bestätigt, dass die beiden vorhandenen Stellen „Gesundheitsfachkräfte an Schulen“ verstetigt und damit finanziell abgesichert sind. Eine Aufstockung der Gesundheitsfachkräfte durch das Land ist aktuell nicht vorgesehen.

Der Gesundheitsausschuss nimmt den Sachstandsbericht in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

4. Ärztemonitoring: Sitzungsteilnahme der Geschäftsführung der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen, Vortrag durch: Herrn Josenhans und Herrn Dr. Rochell

Herr Josenhans bedankt sich für die Einladung.

Herr Josenhans, berichtet über die Möglichkeiten der Förderungen für neu niedergelassene Ärzt:innen in Bremerhaven. Hierzu zählen u. a. Umsatzgarantien und Investitionskostenzuschüsse bis zu 60.000 € die zweckgebunden sind.

Ein weiterer finanzieller Förderzweck sieht vor, das Praxen, die sich in einem Stadtgebiet befinden, in dem mehrere Praxen ihren Versorgungsauftrag zurückgegeben haben, eine Förderung erhalten, wenn sie die Patient:innen aus den geschlossenen Praxen aufnehmen und diese z. B. in den Abendstunden oder als Überstunden versorgen.

Diese Förderung wird mit den Krankenkassen geteilt. Die Summe, die für diese Förderung zur Verfügung steht, beläuft sich auf 250.000 € im Jahr und steht für Bremen und Bremerhaven zur Verfügung. Bisher ist diese Summe nicht ausgereizt.

Bei den Bedarfsplanungszahlen wurde festgestellt, dass durch die veränderte Altersstruktur und den damit bevorstehenden Praxisaufgaben, Praxen in einer gewissen Anzahl die Versorgung verlassen werden. Hier tritt dann ein gesetzlicher Mechanismus in Kraft: Die Prüfung einer drohenden Unterversorgung. Durch die Kassenärztliche Vereinigung wurden zunächst vier Arztrichtungen genauer beurteilt: Hautarzt, Hausarzt, Kinder- und Jugendmedizin und der Bereich Kinder- und Jugendpsychiatrie. In den nächsten Jahren ist damit zu rechnen, dass es zu einer Unterversorgung innerhalb dieser vier Arztgruppen kommen könnte. Durch den Landesausschuss der Ärzt:innen und Krankenkassen im Land Bremen wurde in den o. g. Arztgruppen die drohende Unterversorgung festgestellt. Dies hat zur Folge, dass Sicherstellungszuschläge gezahlt werden müssen. Es ist gesetzlich nicht festgelegt, wie diese auszusehen haben. Für das Land Bremen wurde beschlossen, dass man den Arztgruppen, die von der Unterversorgung bedroht sind, ab einer bestimmten Anzahl von Patient:innen eine zusätzliche finanzielle Entlastung gewährt, damit sie in der Lage sind, z. B. in Überstundenvergütung für das Praxispersonal mehr Patient:innen zu versorgen. Diese ist im Bereich der Haut- und Hausärzt:innen sowie bei den Kinder- und Jugendärzt:innen der Fall. Außerdem wird für diese drei Arztgruppen eine Starterprämie gezahlt. Sie beinhaltet für Ärzt:innen, die neu in die Niederlassung gehen oder Ärzt:innen, die angestellt sind, einen Zuschlag für jede:n Patient:in von 20 % zur normalen Vergütung. Dieses zusätzliche Geld kann für Investitionen in die neue Praxisstruktur oder bei Übernahme einer Praxis genutzt werden.

Die Starterprämie II ist für die Kinder- und Jugendpsychiater:innen. Hier wird ein einmaliger Zuschlag in Höhe von 150.000 € bei einer Neuzulassung gezahlt.

Am 01.10.2024 sind die Förderungen in Kraft getreten.

Im Bereich der Hautärzt:innen wurde eine angestellte Ärztin zum 01.10.2024 gefunden. Hier wird, weil es sich mit dem Zeitpunkt des Beginns der Förderung überschneidet, die Förderung fließen. Dadurch erhofft man sich, dass der Versorgungsauftrag dauerhaft gewonnen wurde und dass dadurch eine Verbesserung der hautärztlichen Versorgung in Bremerhaven gesichert ist.

Die Ausschussvorsitzende dankt Herrn Josenhans für den Vortrag.

Anschließend werden durch Herrn Josenhans die Fragen der Ausschussvorsitzenden und den Ausschussmitgliedern: Herr StV Freemann (FDP), Frau StV Wittig (SPD), Herr StV Raschen (CDU), Herr StV Baumann-Duderstaedt (Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P), Herr StV Hoffmann (SPD), Frau StV Dertwinkel (CDU) und Frau Perau (Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte) beantwortet.

5. Sachstand zum Antrag Errichtung eines Integrierten Notfallzentrums (INZ) am Klinikum Bremerhaven-Reinkenheide,
Vortrag durch: Frau Dr. Kleinbrahm (Ärztliche Geschäftsführung KBR)

Frau Dr. Kleinbrahm berichtet kurz über den aktuellen Stand zum Antrag eines Integrierten Notfallzentrums am Klinikum Bremerhaven-Reinkenheide (KBR).

Nach der Umstrukturierung der Amoeos Gruppe gab es eine ansteigende Zahl an Patient:innen in den Notaufnahmen im KBR und am Klinikum am Bürgerpark. Aktuell hat sich die Lage auf einem erhöhten Niveau konsolidiert, jedoch ist mit langen Wartezeiten in der Notaufnahme zu rechnen.

Im KBR besteht weiterhin das Problem, der räumlichen und beengten Situation der Notaufnahme. Durch den Fachkräftemangel ist es nicht möglich, alle freien Stellen zeitnah zu besetzen. Aktuell sind 5 festangestellte Ärzt:innen in der Notaufnahme, wovon zwei Allgemeinmediziner:innen sind, was sehr in der Versorgung der Patient:innen hilft.

Im pflegerischen Bereich sind 10 - 12 Stellen unbesetzt. Diese werden durch Pflegekräfte aus der Arbeitnehmerüberlassung ersetzt, was das KBR vor große finanzielle Herausforderungen stellt.

Durch die senatorische Behörde sind für das KBR noch Sondermittel bereitgestellt worden. Dadurch ist das KBR in der Lage, die an die Notaufnahme angrenzenden Räume der ehemaligen Emergency Care Unit mit Geräten und Monitoren auszustatten, damit sie als voll funktionstüchtige Räume für die Notaufnahme genutzt werden können. Die Notaufnahme umfasst dann 13 Behandlungsräume plus 2 Schockräume. Ein Teil des Geldes wird dafür benötigt, in anderen Räumlichkeiten des Hauses wieder eine Emergency Care Unit zu errichten. Diese soll im Laufe des nächsten Jahres in Betrieb genommen werden.

Voraussichtlich im Februar 2025 soll der kassenärztliche Bereitschaftsdienst einschließlich des Bereitschaftsdienstes des Kinder- und Jugenddienstes in das KBR ziehen.

Es gibt keine Wortmeldungen aus den Reihen der Ausschussmitglieder.

6. Sachstand zum Antrag Gewaltschutzambulanz, Vortrag durch: Frau Dr. Kleinbrahm (Ärztliche Geschäftsführung KBR)

Frau Dr. Kleinbrahm berichtet über den aktuellen Sachstand zum Antrag Gewaltschutzambulanz.

Es sollen zwei Räume am KBR eingerichtet werden, die zur Beweissicherung genutzt werden sollen. Die schriftliche Dokumentation und eine Foto SD Karte müssen zu Beweiszwecken für 10 Jahre rechtssicher aufbewahrt werden.

Die Gelder für die erforderlichen Investitionen am KBR werden von der senatorischen Dienststelle (Istanbul-Konvention) zur Verfügung gestellt. Es ist mit einer Fertigstellung der Räumlichkeiten voraussichtlich Anfang nächsten Jahres zu rechnen.

Die Gewaltschutzambulanz ist nicht für die Spurensicherung und auch nicht für die Untersuchung der Verletzungen, die die Person aufweist, zuständig, sondern ausschließlich für die Beweissicherung.

Anschließend gab es Wortmeldungen von Frau Perau (Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte) und Herrn Ionescu (Migrationsrat).

Die Ausschussvorsitzende bedankt sich bei Frau Dr. Kleinbrahm für die Vorträge.

7. Konzept zur Erhöhung der HPV-Impfquote in Bremerhaven GA 29/2024

Der Gesundheitsausschuss stimmt dem vorgeschlagenen Konzept mit einer Gegenstimme von Herrn StV Koch (AFD) zu und bittet das Gesundheitsamt im Jahr 2025 mit den HPV-Schulimpfungen zu beginnen.

8. Maßnahmen gegen Impfmüdigkeit – Integrierte Strategie Aufklärung und Beratung GA 30/2024

Die Ausschussvorsitzende teilt mit, dass in der Vorlage unter Punkt D „Auswirkungen des Beschlussvorschlags“ im ersten Absatz der Halbsatz nach dem Komma zu streichen ist. Ansonsten bleibt die Vorlage unverändert.

Die geänderte Vorlage wird einstimmig angenommen.

Der Gesundheitsausschuss nimmt das Gesamtkonzept „Maßnahmen gegen Impfmüdigkeit – Integrierte Strategie Aufklärung und Beratung“ zur Kenntnis und beschließt in einem ersten Schritt

die Umsetzung der Maßnahmen: Impfberatungssprechstunde (Modul 1), die Impfpass-Checks (Modul 2) und eine vereinfachte Informationskampagne (Modul 3; Maßnahme a., b., c., e. und f.).

9. Hitzeaktionsplan Bremen – Bremerhaven **GA 31/2024**

Der Gesundheitsausschuss nimmt den Magistratsbeschluss V/29/2024-1 vom 09.10.2024 und den Hitzeaktionsplan Bremen – Bremerhaven zur Kenntnis.

10. Freigabe nicht mehr zweckgebundener Rücklagen aus dem Kapitel 6500 (Gesundheitsamt) zur anteiligen Deckung der für das Jahr 2025 angemeldeten Veränderungsbedarfe **GA 32/2024**

Vorbehaltlich eines gleichgelagerten Beschlusses des Finanz- und Wirtschaftsausschusses stimmt der Gesundheitsausschuss zu, dem Gesundheitsamt im Haushaltsjahr 2025 zur anteiligen Finanzierung höherer Bedarfe für Selbsthilfe- und Gesundheitspräventionsaufgaben einen Betrag von insgesamt 57.244,86 Euro bereitzustellen.

Zur Deckung werden Mittel in Höhe von 52.584,86 Euro aus der Drittmittelrücklage und in Höhe von 4.660 Euro aus der kapitelbezogenen Rücklage herangezogen.

Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

Verschiedenes

- Herr StV Baumann-Duderstaedt teilt mit, dass er und Frau StV Dertwinkel keine Einladung für die Sitzung der Besuchskommission gemäß § 88 BremPsychKG bekommen haben. Die Ausschussvorsitzende bedankt sich für den Hinweis und teilt mit, dass die Verwaltung dieses nochmals überprüfen wird.

Vorsitzende	Schriftführerin
gez.	gez.
A. Toense Stadträtin	Huwig